

## Rede WK zu 30 Jahre Wiedervereinigung –

### 3. Oktober 2020 in Jena

Die deutsche Wiedervereinigung jährt sich am heutigen Tage zum dreißigsten Mal. In einem Menschenleben markiert der dreißigste Geburtstag für die meisten auch eine gewisse Zäsur. Man schaut auf das bisherige Leben zurück, denkt an gute und weniger gute Entscheidungen. Man blickt aber auch in die Gegenwart und ordnet sich ein: Habe ich bisher das Beste aus meinem Leben gemacht? Bin ich schon der, der ich als Kind einmal werden wollte? Und die wichtigste Frage: Wie sieht meine Zukunft aus? Sind die Voraussetzungen vorhanden, dass ich mir keine Sorgen machen muss? Werde ich mit meinem Wissen und meinem Erfahrungsschatz auch meine weiteren Ziele erreichen?

Natürlich hinkt dieser Vergleich zwischen einem Drittel Menschenleben und dreißig Jahren gesamtdeutscher Geschichte. Aber wir erleben auch in der Selbstbetrachtung unseres Landes gewisse Verunsicherungen nach drei Jahrzehnten Wiedervereinigung.

Schauen wir auf das geeinte Deutschland, können wir die Vorgeschichte nicht unberücksichtigt lassen. Es sind zwei Teile zusammengewachsen, die zusammengehörten – die sich aber nach dem Mauerbau fast drei Jahrzehnte getrennt voneinander entwickelt hatten. Man kann vielleicht sagen: Die weltpolitische Lage hat erzwungen, dass wir uns in dieser Zeit auseinandergeliebt haben. Und nachdem sich die Weltpolitik glücklich fügte, mussten wir anschließend wieder das Zusammenleben lernen.

Das lief natürlich nicht alles reibungslos. Wer hätte das aber auch gedacht? Der historische Bruch für die Menschen in der untergegangenen DDR war fundamental. Für die Menschen aus den alten Bundesländern änderte sich verhältnismäßig wenig. Allein die unterschiedlichen Sichtweisen auf den Mauerfall – im Osten und im Westen – mussten in eine gemeinsame, gesamtdeutsche Erzählung münden. Schon das war eine gesellschaftliche Herkulesaufgabe. Ist es bis heute.

Die „Blühenden Landschaften“, die damals als politisches Postulat ausgerufen wurden, waren mehr als bildlicher Ansporn und als Motivation gedacht, denn als tatsächliche Zukunftsvision. Wir wussten damals schon, es wird schwer. Wir wussten, es wird in diesem Prozess Verletzungen geben, Enttäuschungen und Narben.

Es wird nicht nur gerade Linien, nicht nur Gewinner der Einigung geben, sondern leider auch Verlierer. Es wird mal dunklere Stunden geben, aber irgendwann auch hellere Tage.

Aber ich hatte nie den Eindruck, dass es eine grundsätzliche Mutlosigkeit gegeben hat. Dass wir es nicht schaffen könnten. Den Menschen auf beiden Seiten der ehemaligen Grenze war klar, dass es vorangehen muss und dass wir uns – im positiven Sinne – zusammenraufen müssen.

Und ich denke, wir können nach dreißig Jahren mit Stolz und Genugtuung feststellen: Im Großen und Ganzen haben wir es wohl ganz gut gemacht!

Dreißig Jahre ist ungefähr die Spanne einer Generation. Das wiedervereinigte Deutschland ist die Heimat von etwa 25 Millionen Menschen, die nach dem 3. Oktober 1990 zur Welt gekommen sind. Für diese Generation war ihr Deutschland, in dem sie leben und in dem sie aufgewachsen sind, immer eins, immer rechtsstaatlich und immer frei. Wir können froh und dankbar sein, dass diese jungen Menschen einige Erfahrungen der Generation ihrer Eltern und Großeltern nicht machen mussten. Diese Erfahrungen, Erlebnisse und Ereignisse dürfen aber nicht in Vergessenheit geraten. Sonst waren sie wertlos.

Die vielen Hunderttausend Menschen, die in Leipzig, Dresden, Halle oder Rostock im Herbst 1989 auf die Straße gegangen sind, wollten ihr Leben in Freiheit leben können. Frei von Zwang, Bevormundung und Gängelung. Sie waren satt von Lügen der politischen Führung, von Wahlfälschungen und von staatlichen Rechtsbrüchen. Sie wollten frei wählen können, zwischen unterschiedlichen politischen Parteien, unterschiedlichen Konsumgütern und unterschiedlichen Lebensentwürfen. Sie wollten mehr Lebenschancen erwirken – für sich selbst, für die Familie, für die

eigenen Kinder. Es war deshalb auch ein mutiger Ausbruch aus einer politisch gewollten Uniformität und Konformität. Im Herbst 1989 zeigte sich auf eine beeindruckende Weise, dass sich der Wunsch nach Freiheit nicht dauerhaft unterdrücken lässt.

Diese überwältigenden Freiheitserfahrungen verblassen jedoch, je weiter die Zeit voranschreitet. Das Gefühl für Freiheit wird schwächer. Freiheit wird immer häufiger als selbstverständlich angenommen. Sie wird nicht gut behandelt und nicht gepflegt. Manchmal wird Unfreiheit zelebriert und als angeblich neue Freiheit verkauft. Das ist eine Entwicklung, die mich besorgt.

Wir können die Verhältnisse des Jahres 2020 nicht mit den Wendejahren 1989/90 oder der Zeit davor vergleichen. Zum Glück! Wir können aber erkennen, dass Freiheitswerte in den vergangenen Jahren in ganz Deutschland stärker unter Druck geraten sind. Die frühere unumstößliche Gewissheit, Freiheit sei ein Wert an sich, ein absoluter Wert, den jeder mündige Bürger für jeden Menschen erstrebt, diese Gewissheit gibt es heute nicht mehr. Viele Menschen haben das Gefühl, dass sich Tendenzen der Unfreiheit breitmachen. Manchmal noch sehr leise, aber manchmal deutlich spürbarer und mächtiger. Nicht wenige blicken wehmütig zurück und stellen fest: Wir waren schon mal freier.

Einer der zentralen Punkte unserer freiheitlichen Ordnung ist die **Freiheit der Meinung**. Die Meinungsfreiheit ist die Grundlage aller Freiheit überhaupt. Nur eine Gesellschaft, in der sich alle gesellschaftlichen Gruppen und jeder Einzelne am öffentlichen Diskurs beteiligen, ist eine freie Gesellschaft. Für unser demokratisches Gemeinwesen wird es deshalb zu einem großen Problem, wenn sich eine Vielzahl von Menschen abwendet und sich nicht mehr an der Debatte beteiligen will.

Denn woher sollen wir wissen, was die Menschen denken, wenn sie es nicht mehr äußern? Wie können wir diese Stimmen und Stimmungen integrieren, wenn sie höchstens hinter der hohlen Hand gesprochen werden? Wohin treibt unsere Demokratie, wenn wir nicht mehr verstehen können, was die Menschen fühlen, weil sie es nicht mehr öffentlich sagen?

Umfragen bringen hier erschreckende Ergebnisse zutage. Bei einigen Streitthemen trauen sich mehr als 70 Prozent der Deutschen nicht, ihre Meinung zu äußern. Die Angst vor einer Verurteilung für die Äußerung der eigenen Ansicht scheint offenbar groß geworden zu sein.

Doch woher kommt dieses Gefühl der Unfreiheit, wenn wir doch wie niemals zuvor Möglichkeiten haben, unsere Meinung zu verbreiten? Wenn gleichzeitig in den sozialen Netzwerken alles – wirklich alles! – gesagt wird?

Es scheint manchmal, als hätten die Lauten, die Extremen und Bevormunder in der öffentlichen Debatte die Oberhand gewonnen. Das Ergebnis ist, dass differenzierte Positionen – die feinen Zwischentöne, die das eigentliche Gesamtbild vervollständigen – immer weniger eine Rolle spielen. Es hat sich in vielen Diskussionen eine humorlose „Wir gegen die“-Mentalität durchgesetzt, die andere Meinungen ausgrenzt, sie bewusst missversteht, sie als moralisch unzulässig oder verwerflich abqualifiziert und sie sogar aus dem Meinungskorridor herauskomplimentieren will. Es ist eine Debattenkultur, die das abgewogene Urteil durch das schnelle Vorurteil ersetzt.

Von der „Cancel Culture“, die andere Auffassungen einfach stornieren will, werden mittlerweile Journalisten, Künstler, Politiker und andere Personen des öffentlichen Lebens beeinträchtigt. Wenn ein unglücklicher Satz – manchmal sogar schon ein falsches Wort! – dazu führen kann, im öffentlichen Raum mit schlimmsten Beleidigungen und mit Forderungen nach einem Rücktritt oder Berufsverbot belegt zu werden, dann ist eine gefährliche Schiefelage entstanden, der sich alle Demokraten entgegenstellen müssen.

Es ist wichtig, dass Worte ernstgenommen werden. Wenn aber einzelne Worte auf die Goldwaage gelegt und übergewichtig interpretiert werden, droht der Debattenraum kleiner zu werden. Denn dann kommt es nicht mehr darauf an, was man sagt, sondern wie man etwas sagt. Dann schiebt sich Angst vor einer moralischen Verurteilung in die Diskussion.

Eine Gesellschaft, die nur noch zwischen den Alternativen „gut“ und „böse“ unterscheiden kann, ist nicht mehr frei. Und sie hört irgendwann auf, friedlich zu sein. Weil sich ein Konflikt dann nur noch lösen lässt, wenn die andere Meinung nicht mehr vorhanden ist. Meinungen sollten aufeinanderprallen, nicht Fäuste.

Wir müssen nicht jede abweichende Haltung gut finden oder als eine Bereicherung des demokratischen Diskurses zelebrieren. Wir sollten aber die Tatsache zelebrieren und verteidigen, dass diese abweichende Meinung frei und ohne Repression geäußert werden kann. Toleranz zu üben, kann oftmals wehtun und schwierig sein. Ohne Toleranz wird es aber nicht gehen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die abweichende Meinung für den Fortschritt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft wichtig ist. Denn nur durch den Störenfried des Mainstreams gewinnen wir die neue Sichtweise, die bessere Idee, den motivierenden Ansporn zur Veränderung. Der Widerspruch verhilft uns entweder zur Schärfung unserer Argumente oder zu einer neuen Perspektive. Insofern ist der begründete Widerspruch immer demokratiestabilisierend.

Es muss deshalb die Aufgabe aller Demokraten sein, so viele Menschen wie möglich wieder in die öffentliche Debatte zurückzuholen, sie zur aktiven Teilnahme zu motivieren. Unsere Verfassung lädt uns alle dazu ein, uns an der Debatte zu beteiligen. Wir alle müssen wieder zu Verteidigern der Demokratie werden, indem wir sie täglich leben, uns streiten und Kompromisse finden. Dies kann nur mit unserer Beteiligung funktionieren.

Demokratie lebt von und durch Demokraten. Tun wir also alle unsere demokratische Pflicht!

Der Tag der Deutschen Einheit ist der richtige Anlass, um uns daran zu erinnern.

Unsere freie Lebensweise gerät jedoch nicht nur von innen unter Druck. Seit einigen Monaten hat uns Corona fest im Griff; mit erheblichen Konsequenzen für unseren Rechtsstaat und unsere Freiheitsrechte.

Die **Corona-Pandemie** hat unser Land und die staatlichen Institutionen vor eine ungeahnte Herausforderung gestellt. Wir hätten uns noch im Januar nicht vorstellen können, dass das gesamte öffentliche Leben innerhalb weniger Wochen vollständig auf den Kopf gestellt wird. Wer uns dann erklärt hätte, im März würde Deutschland für einige Zeit in den Lockdown gehen und Grundrechte für unbestimmte Zeit außer Kraft gesetzt – wir dürften nicht einmal ein Buch auf einer Parkbank lesen! –, dem hätte man lachend einen Aluhut aufgesetzt.

Mit dieser dramatischen Entwicklung im März dieses Jahres veränderten sich auch die Perspektiven für Millionen von Menschen im Land. Betriebe mussten Kurzarbeit anmelden, ganze Branchen standen plötzlich vor dem Nichts. Viele Familien mussten zusehen, dass die Kinderbetreuung irgendwie neben dem Homeoffice gewährleistet werden konnte. Alte Menschen konnten nicht mehr von ihren Kindern und Enkeln im Altersheim besucht werden. In den Hospizen starben Menschen einen traurigen, einsamen Tod. Die Belastungen waren enorm und erzeugten vielfach schreckliches Leid.

Und leider müssen wir davon ausgehen, dass die ökonomischen Belastungen in den kommenden Monaten noch weiter anwachsen. Auch wenn es uns gelingen sollte, das Virus in Schach zu halten, so wird die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen einiges von uns abverlangen. Umso wichtiger ist es, dass die politischen Entscheidungsträger die vielfältigen Sorgen in der Gesellschaft aufnehmen und nicht die Spaltung aus politischem Kalkül zu befördern versuchen.

Die wenigsten, die Angst vor den Folgen der Corona-Maßnahmen haben und dafür auf die Straße gehen, stehen außerhalb unserer Verfassungsordnung. Alle Demonstranten aus dem politischen Schützengraben heraus pauschal als „Covidioten“ zu beschimpfen, ist daher nicht nur unangemessen. Es zeugt von einem

unterentwickelten Demokratieverständnis. Und es weckt kein Vertrauen in die Ernsthaftigkeit derjenigen, deren Aufgabe eigentlich ist, verantwortungsvolle politische Entscheidungen für alle Bürgerinnen und Bürger im Land zu treffen.

Politik hat die Aufgabe, die verschiedenen Interessen zu bündeln und zu integrieren. Ihre Aufgabe ist es nicht, zu separieren oder zu spalten. Gerade in diesen hitzigen und unruhigen Zeiten brauchen wir mehr demokratischen Geist. Sonst gehen unserer Demokratie immer mehr Menschen verloren.

Aber es ist auch richtig: Der Staat und seine Organe bewiesen vor allem in den ersten Wochen Handlungsfähigkeit. Die Nachrichten aus aller Welt rechtfertigten die frühen, harten Maßnahmen zur Einschränkung des öffentlichen Lebens. Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages trugen dies mit. Wir alle mussten schließlich mit dem Schlimmsten rechnen, als wir die erschütternden Bilder aus Bergamo, aus Madrid oder aus einigen Städten Frankreichs gesehen haben.

Die Einschränkungen waren die schwersten Grundrechtseingriffe seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Zuerst waren sie durch die besondere Notlage begründet. Und die harten Maßnahmen waren – soweit wir das heute erkennen können – im Großen und Ganzen zunächst recht erfolgreich.

Doch die Einschränkungen von Grundrechten bedürfen in einem Rechtsstaat der ständigen Rechtfertigung. Die Begründungsnotwendigkeit wird von Tag zu Tag größer. Nicht die Wahrnehmung von Grundrechten muss begründet werden, sondern deren Einschränkung.

Und hier sehe ich noch erheblichen Verbesserungsbedarf: Die Menschen haben einen demokratischen Anspruch darauf, dass ihnen plausibel erklärt wird, warum bestimmte Maßnahmen ergriffen werden.

Warum man zum Beispiel seine frisch angetraute Ehefrau küssen, auf der Hochzeitsfeier aber nicht mit ihr tanzen darf.

Warum man als Paar mit einem Freund spazieren darf, es dem Freund aber gleichzeitig untersagt ist, mit dem Paar zu spazieren.

Warum man nicht mit Menschen aus drei Haushalten zum Restaurant gehen, aber dort mit ihnen am Tisch sitzen darf.

Sind die einschränkenden Maßnahmen nicht mehr verhältnismäßig oder unsinnig, dann müssen sie von Verfassungs wegen wieder zurückgenommen werden.

Die Bürgerinnen und Bürger haben außerdem ein Recht darauf, dass ihnen nicht ständig Angst gemacht, sondern dass ihnen ein Weg gewiesen wird, der die Rückkehr zur Normalität und zur Planbarkeit ihres Lebens aufzeigt. Dieser Weg der Ermutigung fehlt bis heute. Wir brauchen ihn nötiger denn je.

Im Nachhinein müssen wir feststellen, dass die Erste Gewalt in den ersten Monaten der Pandemie zu stark in den Hintergrund gedrängt wurde. Die vielfach beschworene „Stunde der Exekutive“ ist nicht der demokratische Normalfall – darf es nie sein. Und es ist in einem Verfassungsstaat zwingend geboten, dass diese „Stunde der Exekutive“ keine Sekunde länger dauert als nötig. Die Entscheidungsprärogative muss deshalb so schnell wie möglich in die Hände der Parlamente zurückgegeben werden. Sie sind der zentrale Ort der politischen Debatte und Entscheidung. Auch und ganz besonders in der Krise! Die parlamentarische Debatte ist das wirksamste Mittel gegen Verschwörungstheorien, denn damit wird der Behauptung der Boden entzogen, die Maßnahmen würden nur im Hinterzimmer verhandelt.

Trotz alledem können wir beruhigend konstatieren, dass der Rechtsstaat auch in der Not funktioniert hat. Die Judikative wachte in den vergangenen Monaten über unsere Verfassung. In über vier Dutzend Eilentscheidungen wurden Maßnahmen der Exekutive von Ober- und Verfassungsgerichten als rechtswidrig erkannt. Wer behauptet, wir lebten in einer Corona-Diktatur, der sollte sich diese Entscheidungen durchlesen – und wird eines Besseren belehrt.



Was mich jedoch sehr nachdenklich stimmt, ist folgendes: Der letzte Rückzugsort für die differenzierte Auseinandersetzung über politische Problemfragen scheinen in dieser Krise offenbar die Gerichte geworden zu sein. In deren Entscheidungen fand viel stärker eine begründete Abwägung statt, als zum Beispiel in den politischen oder gesellschaftlichen Debatten, die ihrerseits sehr stark von Angst dominiert waren. Und festzuhalten ist, dass auch die mediale Berichterstattung – leider! – eher gesellschaftliche Ängste schürte, als dass sie sie auflöste.

Die Bedrohung durch Corona ist weiterhin nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Um diese Pandemie wirksam zu bewältigen, müssen wir aber aus dem Hysterie- und Angst-Modus heraus. Angst ist der schlechteste Ratgeber, wenn man eine vernünftige und abgewogene Entscheidung treffen will.

Denn Angst begünstigt ein Schwarz-Weiß-Denken. Auf der einen Seite finden wir diejenigen, denen die Anti-Corona-Maßnahmen nicht hart genug sein können; die es lieber sehen, wenn alle Menschen zu Hause blieben, Grundrechte außer Kraft gesetzt werden, damit niemand mehr infiziert wird. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die dieses Virus als eine maßlose Übertreibung ansehen und deshalb auf Masken und das Abstandsgebot komplett verzichten.

Beide Sichtweisen sind in einer freien Demokratie legitim, sie sind aber in ihrer Absolutheit nicht sonderlich zielführend. Sie werden auch nicht richtiger, wenn sie sich jeweils selbst als die einzig richtige Wahrheit definieren.

Ich möchte nicht, dass Angst weiter unser Leben bestimmt. Eine ängstliche Gesellschaft ist eine unfreie Gesellschaft, weil die Kompromissfindung immer schwieriger wird, wenn Schwarz und Weiß dominieren.

Das Schwarz-und-Weiß-Denken ist das Gegenteil dessen, was unsere Verfassungsmütter und -väter im Sinn hatten. Gedankliche Einförmigkeit steht im Gegensatz zu einer **pluralen Gesellschaft**. Wir tun gut daran, die Buntheit unseres Lebens zu erhalten. Dazu zählt auch – und das sage ich vor allem in Richtung der politischen Entscheidungsträger –, dass wir den Menschen nicht auferlegen, was sie

zu tun und zu lassen haben, was sie sagen sollten und was sie vernünftigerweise denken sollten. Die Gedanken sind und bleiben frei!

Unsere politische Aufgabe ist es, mit Argumenten zu überzeugen – und nicht, mit einer moralischen Verdammung zu drohen, wenn die Menschen wagen, sich anders zu entscheiden, als man es selbst für vernünftig hält.

Vielfalt zelebriert die Unterschiedlichkeit. Vielfalt bedeutet weder Amalgam noch Verschwommenheit oder gedankliche Gleichheit. Vielfalt bedeutet, dass die Unterschiede in der pluralen Gesellschaft erkennbar und umgrenzbar sind. Diese individuelle Eigenständigkeit gilt es, im freien demokratischen Staat zu bewahren, zu schützen und zu verteidigen – und nicht der Gleichmacherei das Wort zu reden.

Für unsere freie Gesellschaft ist das Vertrauen in die Eigenverantwortung des Einzelnen deshalb ein Konstitutionsmerkmal. Der mündige Bürger ist das humane Gegenbild zum obrigkeitsversessenen Staat, der auch vor 30 Jahren auf deutschem Boden – zum Glück! – gescheitert ist.

Hüten wir uns vor Versuchen heutiger politischer Entscheidungsträger, den Freiheitsraum aller Bürgerinnen und Bürger zu beschneiden – nur weil einige wenige meinen, es besser als alle anderen zu wissen. Diese Besserwisserei, verbunden mit dem unbedingten Wunsch, das Handeln der Menschen zu kontrollieren, ist nichts anderes als eine Anmaßung.

Niemand ist „gleicher“ als andere, weil er eine bestimmte Moral vertritt. Doch diejenigen, die eine höhere Autorität für sich in Anspruch nehmen, um andere anzuleiten, handeln tatsächlich autoritär.

Solchen Anmaßungsversuchen müssen wir uns alle entgegenstellen. Denn dies zerfrisst die Grundlagen unserer Freiheit!

Unsere Welt ist nicht nur vielfältiger geworden, sie ist auch unübersichtlicher und komplexer geworden. Bei vielen Menschen löst diese Unübersichtlichkeit Beklemmung und Ängste aus. Leider wächst dabei gleichzeitig der Wunsch bei vielen, auf schwierige Fragen einfache Antworten zu erhalten.

Doch leider ist es für einen Demokraten nicht immer möglich, auf diese Fragen einfache Antworten zu geben, weil die Komplexität der Probleme dies nicht erlaubt. Trotzdem müssen wir versuchen, verständliche und nachvollziehbare Antworten zu geben. Aufzuzeigen, wie wir zu bestimmten Entscheidungen gelangt sind.

Gelingt uns dies nicht, übernehmen diejenigen die vermeintlich einfache Beantwortung der Fragen, die aus dem Krisenmodus leben; die ein vitales Interesse daran haben, dass Probleme nicht gelöst, sondern noch weiter verschärft werden, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Das können wir nicht wollen.

Eine wichtige Aufgabe kommt in dieser komplexer werdenden Welt auf alle Demokraten zu: Wir müssen uns darauf verständigen, was **das einende Band** sein soll, das uns in diesem Land zusammenhält. Wir erleben in den vergangenen Jahren eine größer werdende Parzellierung einzelner Gruppen und eine Unversöhnlichkeit untereinander.

Es gibt nicht mehr nur „Ost“ und „West“. Es ist auch „Alt“ versus „Jung“. Oder auch „links“ gegen „rechts“. „Für Trump“ und „gegen Trump“. „Russlandfreunde“ und „Putin-Gegner“.

Es scheint so, als würde uns die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe nicht nur Halt geben, sondern manchmal auch den Grund in die Hand, andere Gruppen aus unserer Welt auszugrenzen. „Spaltung“ ist das gesellschaftliche Wort der Zeit.

Deshalb stellt sich die entscheidende Frage: Was bindet uns zusammen? Welches Ideal, welche Begrifflichkeit könnte dieser Gruppenvereinzeln entgegenwirken?

Ist es die sogenannte „Leitkultur“, die seit rund 20 Jahren als politischer Begriff kursiert? Ist es ein Begriff von „Heimat“, von „Vaterlandsliebe“? Oder hält uns zusammen, was viele unter dem Oberbegriff „Haltung“ subsumieren, wenn sie sich selbst als „Unteilbar“ definieren?

Ich halte jedenfalls die politische Aufforderung, „Haltung“ zu beweisen, nicht für tauglich, die Menschen im Land zu einen. Vielmehr geschieht durch eine solche Forderung das genaue Gegenteil. Haltung zu fordern bedeutet nämlich nicht, dass man sich anschließend auf eine gemeinsame Handlung verständigen kann. Haltung von anderen einzufordern, führt eher dazu, eine gedankliche Uniformität herzustellen gegen Kontrahenten, die diese Haltung angeblich nicht teilen. Daher wirkt die Forderung nach Haltung immer desintegrierend, sie spaltet also selbst.

Ich bin deshalb der Überzeugung, dass das einende Band **unsere Verfassungsordnung** sein muss. Die Achtung der Grundrechte, allen voran die Wahrung der Menschenwürde, aber auch das Recht auf Freizügigkeit, auf Leben, auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, auf die Unverletzlichkeit der Wohnung und einige andere: Diese Grund- und Freiheitsrechte müssen in jeder Situation, in jedem Winkel unserer Republik bewahrt und wieder zum Leuchten gebracht werden.

Das Grundgesetz war 1949 gewissermaßen das humanitäre Konzentrat aus Jahrhunderten Freiheits- und Aufklärungsgeschichte. Es war zugleich die unmittelbare Lehre aus den schrecklichsten Jahren deutscher und Weltgeschichte. Es war das in Gesetzesform gegossene Versprechen, es nie wieder so weit kommen zu lassen, dass Menschen nicht mehr wie Menschen behandelt werden.

Die Menschenwürdegarantie aus Artikel 1 unseres Grundgesetzes ist der zentrale Ankerpunkt unserer Freiheitsordnung. Das Bundesverfassungsgericht stellte bereits 2006 fest:

„Jeder Mensch besitzt als Person diese Würde, ohne Rücksicht auf seine Eigenschaften, seinen körperlichen oder geistigen Zustand, seine Leistungen und seinen sozialen Status. Sie kann keinem Menschen genommen werden.“

Es ist verfassungsrechtlich also unwichtig, ob dieser Mensch nun Pastor, Krankenschwester, Kanzlerin ist. Oder ob er Straftäter oder Extremist ist. Jeder Mensch – ausnahmslos jeder – hat einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Wahrung seiner Würde.

Und in Bezug auf die Achtung der Menschenwürde erleben wir leider in der öffentlichen Auseinandersetzung in den vergangenen Jahren eine Relativierung dieses absoluten Wertes. Dass Menschen, die einer bestimmten politischen Richtung anhängen, vermeintlich weniger menschlich behandelt werden dürften. Dass Menschen oder Personengruppen öffentlich als „Müll“ bezeichnet werden. Dass Handy-Filme von schwer verletzten oder sogar sterbenden Unfallopfern gemacht werden, anstatt ihnen zuerst zu helfen.

Das ist eine Entwicklung, die sich von unseren humanitären Grundlagen entfernt hat. Wer sich um den Zusammenhalt besorgt, sollte daher zunächst darauf achten, dass unserer Rechtsordnung und den Grundlagen unserer Verfassung zu jedem Zeitpunkt uneingeschränkt Geltung verschafft wird.

Leider müssen wir jedoch feststellen, dass auch politische Entscheidungsträger daran einen Anteil haben, dass der Rechtsstaat unter Druck gerät. Wenn Symbolpolitik über wirklicher Problemlösung steht, wenn gesetzliche Regeln übertreten werden, weil es für die angeblich „gute Sache“ ist, dann wird der Rechtsstaat beliebig. Denn dann können wir nicht mehr erklären, warum für die einen das Recht zu gelten hat, während die anderen es im Zweifel selbst ignorieren können, wenn deren Interessen berührt werden. So ist zum Beispiel nicht alles, was gegen „Rechts“ ist, auch rechtmäßig.

Entweder Recht gilt – dann gilt es für alle. Oder es gilt für alle nicht. Es gibt kein moralisches Gesetz, das über dem Recht steht.

Deshalb muss es uns ein besonderes demokratisches Anliegen sein, die Werte des Grundgesetzes und den Rechtsstaat zu verteidigen. Wir müssen diese nicht nur vor ihren offensichtlichen Gegnern schützen. Wir müssen sie auch gegen diejenigen verteidigen, die die rechtsstaatlichen Grenzen aus vermeintlich höheren Motiven anlassbezogen übertreten wollen.

Diesen Tendenzen müssen wir uns entgegenstellen. Bringen wir unsere Grundwerte wieder zum Leuchten, indem wir sie heute, morgen und für die weitere Zukunft in Ehren halten und sie gegen jede Unbotmäßigkeit verteidigen!

Nach einer aktuellen Umfrage des Forsa-Instituts zeigt sich die Bundesrepublik auch noch nach 30 Jahren gespalten. Auf die Frage, ob noch immer **das Trennende zwischen Ost und West** überwiegt, antworten 72 Prozent der Ostdeutschen mit „Ja“. Bei den Westdeutschen waren es 40 Prozent.

Hinzu kommt, dass – nach einer Erhebung des ARD-Deutschlandtrends im vergangenen Jahr – jeder sechste Westdeutsche noch nie in seinem Leben in einem der ostdeutschen Bundesländer gewesen ist.

Obwohl die Mauer schon länger nicht steht, als sie gestanden hat, stellt sie für einige offenbar noch eine Hürde dar. Auch wenn die Frage nach den Ursachen sicherlich vielschichtig ist, so können wir doch feststellen, dass wir es zu einem großen Teil mit einem Kommunikationsproblem zu tun haben. Es ist auch so, dass ostdeutsche Lebenswelten und Erfahrungen in der medialen Berichterstattung noch immer unterrepräsentiert sind.

Diese Erfahrungen einzubeziehen, ist jedoch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unerlässlich. Es wird die Aufgabe unserer Zeit sein, das Trennungsgefühl besonders im Osten schwächer zu machen, indem wir das Verbindende stärken.

Wir müssen die große Geschichte und die kleinen Geschichten der Einheit erzählen: Der mutige Ausbruch in die Freiheit, den die Menschen auf der Straße mit friedlichen Mitteln erkämpft haben. Wir müssen die Bilder von der Prager Botschaft zeigen, als Hans-Dietrich Genscher vom Balkon in die jubelnde Menschenmenge sprach. Ich bekomme heute noch Gänsehaut, wenn sich die ungebremste Freude und Erleichterung in den damaligen Jubelschreien offenbart – nach Jahrzehnten der Unterdrückung.

Jeder, der diese Bilder sieht, spürt den unbedingten Drang der Menschen nach Freiheit. Dieses Freiheitsgefühl müssen wir zum festen Bestandteil unserer nationalen Identität machen.

Und wir müssen den Austausch untereinander stärken – in jeder Hinsicht. Hierbei wäre es nicht nur hilfreich, sondern notwendig, wenn wir dies nicht mit Überheblichkeit tun – oder mit dem anmaßenden Anspruch, es ohnehin besser zu wissen. Viele Menschen in Ostdeutschland empfinden den Umgang mit ihnen nicht als einen, der auf Augenhöhe stattfindet. Hier gibt es bei einigen sicher noch erheblichen Nachholbedarf, gerade, was den Respekt gegenüber der Geschichte und den Erfahrungen der Menschen in den ostdeutschen Bundesländern angeht. Dabei können wir alle von denen lernen, die die Freiheit nicht nur Zeit ihres Lebens genossen haben, sondern die die Freiheit auch selbst erkämpft haben.

Grundsätzlich ist es gar nicht schlimm, dass sich durch ein Land verschiedene Linien ziehen. Linien deuten an, dass es Unterschiede im gesamten Land gibt: Zwischen Ost und West, Nord und Süd, zwischen Franken und Bayern, Weimarern und Erfurtern, zwischen Jenaern und Jenensern. Linien kann man problemlos übertreten, sie stellen kein unüberbrückbares Hindernis zwischen den Orten und Mentalitäten dar.

Zum Problem wird es aber, wenn die Linien zu Rissen, die Risse zu Spalten werden, die Spalten zu Gräben. Wir können nicht überall Brücken bauen. Unsere tägliche Aufgabe ist es, die Linien zwischen den Unterschieden nicht zu Linien der Trennung werden zu lassen. Wir müssen die Risse kitten und die Gräben zuschütten, damit sie ohne Hilfsmittel überwunden werden können.

Das wird unsere Aufgabe sein.

Heute, an Tag 10.958 nach der Wiedervereinigung. Aber auch an jedem weiteren Tag im geeinten Deutschland.

Vielen Dank!